

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,  
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,  
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Insa Tietjen  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

### **Haushaltsplan-Entwurf 2021/2022**

#### **Einzelplan 6.1 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**

#### **Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung**

#### **4.4.2.1.5 Kosten und Erlöse der Produktgruppe 289.11 Landesplanung und Stadtentwicklung**

#### **Betr.: Untersuchung zur Neuaufteilung des öffentlichen Raumes**

Das Bevölkerungswachstum und die damit einhergehende Verdichtung der Stadt lenken den Blick auf den (verbleibenden) öffentlichen Raum. Gerade in den seit mehr als einem Jahr anhaltenden Zeiten der Corona-Pandemie hat sich gezeigt (und die Lage im Übrigen nochmals verschärft), dass in vielen Stadtteilen der für alle nutzbare öffentliche Raum zu klein geworden ist. Gehwege „laufen über“, an bestimmten Orten stehen sich die Menschen buchstäblich „auf den Füßen“, Plätze der Erholung und Entspannung sind bei gutem Wetter überlaufen. Die Konsequenz kann daher nur lauten, gerade in eng bebauten Quartieren die öffentlichen Freiräume gegen eine weitere Verkleinerung zu verteidigen und hier und da auch eine Ausweitung in Betracht zu ziehen.

Um diesem für die Bürger/-innen immer relevanteren Phänomen die nötige Aufmerksamkeit zu verschaffen und mögliche Handlungskonsequenzen vorzubereiten, sollen in einer groß angelegten Untersuchung der öffentliche Raum, seine überfällige Neuaufteilung und gegebenenfalls auch die punktuelle Erweiterung betrachtet werden. Bei dieser Studie soll explizit auch untersucht werden, unter welchen Rahmenbedingungen die heutigen Abstellflächen für private Pkws anders genutzt werden können.

#### **Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen,**

1. für die Entwicklung einer Studie samt etwaigen Begleitgutachten zum Thema Neuaufteilung des öffentlichen Raumes jeweils 100.000 Euro für die Jahre 2021 und 2022 zur Verfügung zu stellen.
2. bei dem Produkt „Stadtentwicklungsvorhaben“ im Abschnitt der Produktgruppe 289.11 die durch die Studie erhöhten Kosten entsprechend zu berücksichtigen, das heißt die Ansätze in 2021 auf 5.401.000 Euro und in 2022 auf 5.231.000 Euro zu erhöhen.